

Wir wissen auch unter den Christen zu unterscheiden

Wir wollen und können alle Kräfte, deren Lebensinteressen nur durch die Erhaltung des Friedens und den gesellschaftlichen Fortschritt gesichert sind, dafür gewinnen, die Politik der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und des Arbeiter-und-Bauern-Staats zu unterstützen. Wir müssen alle jene bekämpfen, die für die Vorbereitung eines Atomkrieges eintreten und sich in den Dienst des gesellschaftlichen Rückschritts stellen. Das steht im Mittelpunkt unserer politischen Überzeugungsarbeit. Ihr Erfolg hängt u. a. auch davon ab, ob unsere Genossen Agitatoren auf die politische Haltung und Aktivität der Kirche richtig reagieren. Hierbei ergeben sich oft Zweifel, und unsere Genossen kommen dabei manchmal zu falschen Auffassungen.

Solche falschen Meinungen sind: „Mit den Pfarrern kann man nicht zusammenarbeiten, die sind alle reaktionär.“ „Wir arbeiten nur mit den guten Kräften, die kommen schon zu uns!“ Oder solche negierende Meinung wie etwa: „Laßt sie doch machen, was sie wollen!“

Diesen Auffassungen widerspricht doch die Tatsache, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Christen am sozialistischen Aufbau aktiv teilnehmen und daß auch eine große Anzahl Pfarrer im Sinne des Friedens auftritt. Es ist nicht nur falsch und schädlich, wenn unsere Genossen diese Kräfte sich selbst überlassen, sondern wir haben die Pflicht, den Kreis der bewußten, aktiven, den Kampf um die Erhaltung des Friedens und den Sozialismus bejahenden Kräfte ständig zu vergrößern. Das erfordert enge Verbindung mit allen Werktätigen, also auch mit den christlich eingestellten Werktätigen. Das erfordert, sehr wohl zu unterscheiden zwischen den Absichten und politischen Handlungen mancher Kirchenführer und demgegenüber den Interessen der Masse der Kirchenanhänger. Offen können und müssen wir mit den christlichen Menschen über alle Grundfragen unseres Lebens sprechen. Dazu gehört vor allem die Aussprache über die volksfeindliche Politik der westdeutschen Atomkrieger sowie über Mittel und Wege zur Sicherung einer friedlichen Zukunft unseres Volkes, dem Hauptanliegen der Gegenwart.

Was den Interessen aller Werktätigen widerspricht

Die immer unverschämter und unverhüllter verkündeten Aggressionsabsichten und die Atomkriegsvorbereitungen der westdeutschen Bank- und Industrieherrn, der Militaristen und Junker und ihrer Regierung in Bonn sind eine ernste Gefahr für das ganze deutsche Volk. In allen Schichten unseres Volkes wachsen Widerstand und Kampfbereitschaft gegen diese Gefahr im Herzen Europas. Die diesjährigen Maikundgebungen der Arbeiter in ganz Deutschland sowie die Appelle der Atomwissenschaftler in beiden Teilen unserer Heimat und viele andere Demonstrationen und Aktionen beweisen die wachsende Kraft der deutschen Friedenskräfte.

Es widerspricht aber den Interessen dieser Friedenskräfte, den Interessen der Arbeiter, Bauern und aller Werktätigen, wenn z. B. die evangelische Kirchenführung unter Leitung von Bischof Dibelius den Kampf gegen die Atomkriegsgefahr nicht unterstützt. Im Gegenteil, sie verteidigt die Atomkriegspolitik der Bonner Aggressoren und stellt die evangelische Kirche durch den Militärseelsorgevertrag offen in den Dienst des deutschen Militarismus.

Diese volksfeindliche Haltung haben Kirchenführer in ihren Erklärungen auf der evangelischen Synode in Westberlin vom 3. bis 8. März 1957 ausdrücklich bestätigt. Dort wurde erklärt, „daß die Kirche verpflichtet ist, für ihre Soldaten Gottesdienst und Seelsorge einzurichten“. Die Seelsorge ist nicht